

Vom Kulturkampf zur Regierungspartei

Zentrumspartei und politischer Katholizismus des Kaiserreichs im Wandel

**Sommersemester 1994
Prof. Dr. Franz Bauer**

**Hauptseminar :
"Nationalstaat und Nationalismus in Italien und Deutschland bis zum ersten
Weltkrieg"**

**Vorgelegt von:
Wolfgang Melchior
Bayerstr. 18
80335 München
Fächer: Philosophie/Neuere Geschichte/Neue deutsche Literatur
Fachsemester: 12**

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	2
2. Das Zentrum in der Defensive	4
3. Die Parteistruktur	6
4. Der ideologische Weg aus der Isolation und "Inferiorität"	8
4.1. Katholisches Bildungsdefizit	9
4.2. Konfessionalismus	11
5. Der politische Wandel im einzelnen	13
5.1. Konsolidierung	13
5.2. Agrarier versus Liberale	14
5.2.1. Die wirtschaftlichen Belastungen der Heeresvorlagen	14
5.2.2. Die Agrarkrise	15
5.3. Zentrum - eine bürgerliche Partei	17
5.4. Verhältnis zu anderen Randgruppen am Beispiel der Juden	18
6. Zusammenfassung	21
LITERATUR	22

1. EINLEITUNG

Es ist nicht leicht, die von Anfang der Reichsgründung an bestehende Frontstellung des Zentrums gegenüber dem Reich zu verstehen. Es geht nicht nur darum, warum sich der politische Katholizismus durch die kleindeutsche Lösung "alleingelassen" fühlte, nachdem das katholische Habsburg nicht Bestandteil des neuen Reiches wurde¹; sondern auch um die Frage, die immer wieder betonte Konfessionalisierung der Politik in Konflikt geraten mußte mit Bismarcks Realpolitik, der das Zentrum noch bis in die 80er Jahre als "bündnisunfähig", ja sogar "reichsfeindlich" ansah. Ansätze, wie die Karl Buchheims, sind wenig geeignet, allein die politische Vereinsbildung zu erklären:

"Jedenfalls aber ist es nicht etwa ein ausschließliches Bedürfnis des Katholizismus, parteipolitische Tätigkeit zu entwickeln, sondern zu einer solchen kann es bei allen Konfessionen kommen, sobald die Freiheit christlicher Gemeinschaften gegen weltlichen Mächte verteidigt werden muß"²

Abgesehen von der recht altertümelnden Wortwahl (die eine natürliche Konfliktstellung von Imperium und Sacerdotium suggeriert) wird hier genau das vorausgesetzt, was eigentlich zu klären wäre: **was** muß verteidigt werden, warum muß es **verteidigt** werden?

Es scheint, die Literatur hat sich oft den katholischen Standpunkt der Inferiorität zu eigen gemacht, die die Vorsitzenden des Zentrums, angefangen von Windthorst über Lieber und Julius Bachem, so nachhaltig bekämpften.

¹) Der gemeinsame Nenner des Katholizismus nach 1848 war und blieb der Föderalismus, ein Bundesstaat, in dem keinem Staat Prärogative zugebilligt werden sollten (vgl. etwa A. Reichensperger, "Für eine großdeutsche Lösung der Deutschen Frage", in: R. Morsey: Katholizismus, S. 39-41). Schon damals opponierte man gegen ein preußisch dominiertes Kleindeutschland. Mit der sich Ende 1870 abzeichnenden kleindeutschen Lösung beschränkte man sich auf eine Betonung des föderalistischen Gedankens: "Wenn aber die Vereinigung des deutschen Südens mit dem deutschen Norden unter der Führung Preußens und in unauflöselichem Bunde mit Österreich eine Hoffnung auf Gedeihen haben...soll, so muß die berechnete Selbständigkeit der deutschen Länder darin ihre Gewähr finden und muß Preußen auf den schließlich nur zur Revolution führenden absoluten Einheitsstaat verzichten und nicht die Mehrung seiner Hausmacht, sondern die Größe und Freiheit Deutschlands und in ihm aller deutschen Stämme, Länder und Fürsten als seine Aufgabe betrachten." (Ketteler: "Für Anerkennung eines unter Führung Preußens geeinten Deutschlands", in: R. Morsey, Katholizismus, S. 53-55)

²) Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien, S. 21

Die Probleme mit dem Phänomen des politischen Katholizismus liegen jedoch nicht nur darin, diese Frontstellung zu erklären, sondern vor allem die Tendenzen zu finden, die zu ihrer Überwindung führten.

Dieser Wandel läßt sich gut als Anpassungsprozeß beschreiben, in dessen Verlauf, ohne die einzelnen Interdependenzen nun anzugeben,

- sich die Gewichte katholischer Politik verschieben (von Religionsfreiheit und Erziehungswesen zu Sozial- und Wirtschaftspolitik),
- die Ansprüche der Klientel Konturen gewinnen und sich polarisieren (die Bauern und Handwerker, Mittelständischen und Aristokraten)
- sich das Bürgertum zur bestimmenden Kraft innerhalb der Partei aufschwingt.

Auf der anderen Seite (Reichsleitung) standen zunächst einmal zwei Ereignisse, die diesen Strukturwandel begünstigten: Die Unmöglichkeit nach den Reichstagswahlen von 1880, ohne das Zentrum zu regieren oder an ihm vorbeizuregieren. Dort mußten Nationalliberale und Konservative herbe Verluste erleiden und das Kartell büßte seine Mehrheit ein. Und zum anderen die "Abdankung" Bismarcks zehn Jahre später, dessen Auseinandersetzungen mit dem Zentrum in Reichstag und Preußischem Landtag viel zum verkrampten bis ablehnenden Verhältnis des Zentrums zur Reichspolitik beitrugen.

Doch vielleicht präjudiziert der Begriff von der Anpassung bereits die Problemstellung. Zu fragen bleibt, an **was** das Zentrum sich denn angepaßt habe und ob dieser Prozeß mit einem Identifikationsverlust des politischen Katholizismus einhergeht. Zudem ist eine Verkürzung des Blickwinkels auf den Konflikt Zentrum-Reich wenig hilfreich, da zu fragen ist, ob der Strukturwandel des Zentrums nicht selbst wieder in einen (ökonomisch angetriebenen) gesamtgesellschaftlichen Wandel eingebettet ist.³

Während in der Literatur der Wandel des Zentrums unbestritten ist, geht es hauptsächlich um die Fragen, einmal ob das Zentrum dabei eine mehr aktive oder passive Rolle gespielt hat und zum anderen ob es dabei an katholischem Selbstbewußtsein gewonnen oder verloren habe.

Zwei gegensätzliche Ansichten mögen dies verdeutlichen:

Blackbourn verknüpft die aktive Rolle des Zentrums in seiner Annäherung an die Reichspolitik Bismarcks und später auch Caprivis mit der Aufgabe ihrer anti-obrigkeitsstaatlichen Politik. Seit Ende der 80er Jahre hätten die Zentrumsführer nichts unversucht gelassen, sich als reichstreue und verlässliche Bundesgenossen zu präsentieren; dies sei aber einhergegangen mit einem Verlust ihrer konfessionellen Identität und einer Willfährigkeit gegenüber der Reichsleitung, die in einem zunehmend anti-sozialistischen (und antisemitischen) Gepräge der Partei ihren Ausdruck gefunden habe. Vom Fanal der Fundamentalopposition und katholischer Inferiorität getrieben und der Teilhabe an der Macht gelockt, sei die Partei auf einen konservativen Reichskurs umgeschwenkt.

Demgegenüber meint Loth:

"Ein Teil war gewiß bereit, sich um der individuellen Karriere willen an den Regierungskurs anzupassen, während andere - und hier insbesondere die politisch erfahrenen Führungskräfte der Partei - sehr wohl wußten, daß der Aufstieg der katholischen Bürger im Reich auf Dauer nur gesicherten werden konnte, wenn sich das Zentrum als eigenständiger Machtfaktor behauptete"⁴

³) So etwa Zeenders Ansatz

⁴) Loth: Katholiken im Kaiserreich, S.78

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, die Argumentationen für den Wandel des Zentrums kritisch zu beleuchten. Zeitlich ist sie beschränkt auf die Periode vom Kulturkampf bis in die Mitte der 90er Jahre. Danach sah das Zentrum einer Phase der Konsolidierung ihrer parlamentarischen Machtbasis entgegen, die nur 1907 durch den Bülowblock unterbrochen wurde.

Zunächst jedoch wird der ideologische Hintergrund beleuchtet, vor dem sich Frontstellung und Strukturwandel abspielten.

2. Das Zentrum in der Defensive

Die Kulturkampfgesetzgebung, die mit dem Adressstreit anhub und in den Maigesetzen des Jahres 1873 ihren Höhepunkt fand, richtete sich vornehmlich gegen zentrale Punkte des politischen Katholizismus und bedeutete weit mehr als ein paar Nadelstiche.

Mit seinen Vorstellungen hatte der Katholizismus des 19. Jahrhunderts nie hinter dem Berg gehalten. Staatsbürgerliche Freiheit bedeute stets und in erster Linie Freiheit des Glaubens und staatliche Garantie der Freiheit sollte die Unabhängigkeit und Freizügigkeit der Kirche garantieren: "Indem du dich frei machst, wirst du die Welt frei machen, denn die Freiheit der Völker hat zur notwendigen Grundlage, die Freiheit der Kirche"⁵

Wie sein Vordenker Görres, sah der politische Katholizismus des Kaiserreiches in der Kirche den sozialen Ordnungsfaktor ("Sozial-Intelligenz") als Garanten einer zwischenmenschlichen Ordnung, der politischen Frieden und Ordnung erst ermöglichen würde. Die Kirche müsse als moralisches Korrektiv zur nicht selten als Polizeistaat titulierten Exekutivgewalt erhalten bleiben. Dies schlug sich in den seit 1848 gegründeten "Pius-Vereinen für religiöse Freiheit" als auch in der 1821 gegründeten Kirchenzeitung "Katholik" (die bis zur Gründung des "Hochland" im Jahr 1898 eine der einflußreichsten katholischen Presseorgane bleiben sollte) nieder.

1862 hatte Hermann von Mallinckrodt in einem neuen Programmentwurf die "Fraktion des Zentrums (katholische Fraktion)" aufgefordert, sich zu folgenden Prinzipien zu bekennen: "1. Die wesentliche Grundlage eines gerechten, freien Staatswesens besteht in den Lehren und Grundsätzen des Christentums.[es folgt die Androhung von Widerstand bei Nichteinlösung und die Forderung nach Parität] 2.Entwicklung korporativer Selbständigkeit in den Gemeinden, Kreisen und Provinzen 3. Die Grundsätze der Moral und des Rechts müssen auch in der Politik Leitsterne sein.....Deshalb auch Bekämpfung aller revolutionären Tendenzen..."⁶

Immer wieder wurde die konstitutionelle Zusicherung von Religions- und Kirchenfreiheit angemahnt, um gleichzeitig auf den Verlust moralischer Prinzipien auf Seiten des Staates hinzuweisen. Dies sieht auch Winfried Becker, wenn er schreibt:

"Allein die Kirche schien als Hüterin der vorstaatlichen Legitimität, als Inbegriff der moralischen Kraft der Gesellschaft übrig geblieben zu sein: Die Forderung nach Freiheit für die Kirche erinnerte den Staat an seine Grenzen, an den gottgewollten und darum von dem

⁵) Zitat von Félicité Robert de Lammenais (1782-1854), einem französischem Geistlichen und Initiator der belgischen antigallikanischen Verfassungsbewegung, in einem Wahlaufuf an das katholische Landvolk, 1831, in: R. Morsey: Katholizismus, S. 31

⁶) R. Morsey: Katholizismus, S. 52

göttlichen Gesetz auch abhängigen Ursprung aller Gemeinschaft....Hier lag der Ansatzpunkt für die freiheitlich-konservative verfassungspolitische Neubesinnung katholischen Staatsdenkens im 19. Jahrhundert; diese ging davon aus, daß nicht mehr zwischen alter Monarchie und neuem Verfassungsstaat das Problemfeld historisch-politischer Entwicklung und staatlichen Handelns verlief, sondern zwischen dem "omnipotenten" Staat und dem Staatswesen, das seine Grenzen gegenüber den religiösen Überzeugungen achtete"⁷

Die so universalistisch klingenden Forderungen sind jedoch Ausdruck einer politischen Gruppierung, die wirklich im Zentrum einer Konfliktlage steht:

- der Katholizismus, der jahrhundertlang Widerstand als Widerstand gegen die christliche Ordnung definiert hatte, ist unübersehbar in einem Dilemma zwischen der Befürwortung christlichen Widerstands gegen die staatliche Ordnung und der Ablehnung "revolutionärer Tendenzen", die eine christliche Ordnung per se unmöglich machen (an erster Stelle: Sozialismus).
- Dazu kommt der Versuch, dezentrale (korporative) Strukturen zentral (konstitutionell) zu erhalten und zu garantieren.
- Gleichzeitig muß man sich hüten, "Christentum" offen mit Katholizismus ineinzusetzen, auch wenn dies gemeint ist.

Daraus leiteten sich die drei Hauptforderungen des Zentrums ab, die hinter dem Slogan der Unabhängigkeit von Glauben und Kirche standen:

1. Die Betonung des Moralischen gegenüber dem Legislativen und Bürokratischen (und die Zuweisung der "Moral" an die Kirche) veranlaßte das Zentrum zur Forderung, die Aufgabe der christliche Erziehung des Staatsbürgers der Kirche zu überlassen.

Von den badischen Schulaufsichtsstreits der Kulturkampffära bis zu Zedlitz'

Schulgesetzentwurf (1897), ging es dem Zentrum darum die konfessionelle Erziehung zu bewahren.

2. Die Bekämpfung aller atheistischen Weltanschauungen, wie sie in links-liberalen, radikalen (der Partei der Radikalen) und sozialdemokratischen Kreisen zu finden war.

3. Die Bekämpfung des Zentralismus. Traditionell hatten die lokalen politischen Persönlichkeiten, begünstigt noch durch das Persönlichkeitswahlrecht, einen weit größeren Einfluß auf die tagespolitischen Pläne des Zentrums als Landtags- oder Reichstagsabgeordnete.⁸

Auf der anderen Seite betonte der politische Katholizismus immer wieder die Bedeutung der Konfessionalität für das politische Handeln:

"Die konfessionellen Unterschiede beschränken sich übrigens keineswegs auf ein paar Katechismussätze, wie vielleicht mancher glauben mag, sie greifen unendlich weiter, sie wurzeln tiefer, es hängt damit die Geistesrichtung, die ganze Anschauungsweise, das innerste Leben und Bewußtsein der Völker zusammen; deswegen muß man doppelt vorsichtig verfahren, wenn man auf dem diesem Gebiete Befürchtungen zu wecken im Begriffe steht. Ein Volk, welches für seinen Glauben fürchtet, fürchtet damit für sein innerstes Sein und Wesen, wie es dasselbe auch mit seinem Glauben einbüßt", schreibt August Reichensperger, der Mitbegründer der Zentrumsparlei, bereits 1849, der bis in die Kulturkapftage zur Führungsriege des Zentrums gehörte.⁹

⁷) W. Becker: Liberale Kulturkampfpositionen, S.49

⁸) Vgl. Zeender: German Center Party, S. 35

⁹) in: R. Morsey: Katholizismus, S. 43

Spätestens hier wird klar, daß der universalistische Anstrich einer Selbstbehauptungsstrategie zu weichen hat. Die Bewahrung der christlichen Grundsätze für die Politik meint die politische Anerkennung des Katholizismus.

Die ideologische Reaktion von Bismarck und Nationalliberalen bestand in der Brandmarkung des Zentrums als Reichsfeinde. Das Beharren des Zentrums auf einer christlichen Ordnung, die durch den Papst garantiert werden sollte (Unsterblichkeitsdogma, Thesen des Syllabus) wurde interpretiert als Versuch, die Souveränität des Staates zu untergraben. Religion war Privatsache (Hegel: Frömmigkeit)¹⁰, während die sittliche Verbindlichkeit der Gesetze in der Souveränität des Staates bestehen sollte.

"Die Souveränität kann nur eine einheitliche sein und muß es bleiben: die Souveränität der Gesetzgebung! Und wer die Gesetze seines Landes als für ihn nicht verbindlich darstellt, stellt sich außerhalb der Gesetze und sagt sich los von dem Gesetz", meinte Bismarck am 14.5. 1872 im Reichstag an die Angeordneten des Zentrums gerichtet.

Der Vorwurf der Nationalliberalen gegenüber dem politischen Katholizismus lag demnach nicht darin, daß dieser partikulare Interessen vertrat, sondern daß er den Staat als sittlich verbindlichen Ordnungsfaktor anzweifelte. Der auf Hegels Rechtsphilosophie zurückgehende Gedanke, daß die bürgerliche Gesellschaft als "Differenz, welche zwischen Familie und Staat auftritt"¹¹ und der Staat als "die Wirklichkeit der sittlichen Idee" "das an und sich Vernünftige" sei, widersprach der Anschauung des Katholizismus, wonach sich die sittliche Einheit der bürgerlichen Gesellschaft nicht im Staate legitimieren könnte, sondern durch die Kirche und ihre Glaubenssätze, deren Wahrheit durch die Unfehlbarkeit des Papstes garantiert werde.

3. Die Parteistruktur

Klientel und Wählerschaft des Zentrums bestanden nach einer Aussage Reichenspergers von 1871 aus "verdammt heterogene[n] Elemente[n]"¹². Und tatsächlich schien es so zu sein, daß das Zentrum, im Gegensatz zu anderen Parteien des Reichstages, am meisten die Anlage zu einer Volks- und Massenpartei moderner Prägung besaß. Ihre Wählerschaft bestand aus Bauern, Handwerkern, katholischem Klerus, Industriebürgertum (hauptsächlich aus dem Rheinland) und katholischem landbesitzenden Adel.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Zentrum bis in die 90er Jahre eine Honoratiorenpartei war, deren Wählerschaft sich zu etwa 75% aus ländlicher Bevölkerung, seinen Hochburgen, rekrutierte.

Diese Hochburgen lagen in Bayern, Baden, Schlesien, Köln (Rheinland) und Westfalen. Laut einer Erhebung von 1912 waren nur 25,8% der Katholiken Stadtbewohner.

Auf lokaler und regionaler Ebene hatten Pfarrer und Bischöfe das Sagen, die wenig geneigt waren, zwischen Wahlvolk und Gemeinde zu unterscheiden. Nicht selten wurden Hirtenbriefe und Beschlüsse von Bischofskonferenzen zu Teilen von Wahlprogrammen. Auf Reichsebene gaben Adelige und Mitglieder des Handels- und Industriebürgertums den Ton an.

¹⁰) Vgl. W. Becker, Liberale Kulturkampfpositionen, S.60/1

¹¹) G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, §§ 182,183 257 und 258

¹²) zit. n. W. Loth: Katholizismus, S.38

Diese Konzentrierung auf ländliche Hochburgen wurde durch das reine Persönlichkeitswahlrecht begünstigt. Seit den Wahlen 1877 hatte das Zentrum stets mehr Abgeordnete als ihm nach einem Proporzsystem zugestanden wäre, ab 1887 betrug diese Differenz sogar 25%. Gleichermäßen begünstigend wirkte sich die Wahlkreiseinteilung aus, die die ländlichen Siedlungsgebiete als geschlossene Gebilde erhielt, also nicht Wahlkreise nach Einwohneranzahl einteilte. So verlegte sich das Zentrum von den 397 Wahlkreisen seit 1874 auf 104 im Süden und Westen (und zum Teil auch in Schlesien und Ostpreußen) gelegene und verfügte dort über 73 sogenannte Stammsitze, also Sitze, die aus Wahlkreisen mit einer ununterbrochenen absoluten oder relativen Mehrheit des Zentrums hervorgingen.

Zu fragen bleibt allerdings, welchen Einfluß die Konfession auf das Wahlverhalten hatte. Johannes Schauff unterscheidet hierzu zwischen "bekenntnistreuen" und getauften Katholiken. Bekenntnistreue Katholiken werden aufgefaßt als regelmäßige Kirchgänger und solche, die ihre kirchlichen Pflichten (z. B. Osterkommunion) wahrnehmen. Schauffs Zahlen basieren auf einer Erhebung von 1924 und zeigen, daß

- der Anteil von Zentrumswählern unter bekenntnistreuen Katholiken signifikant höher ist als unter bloß getauften Katholiken ("Taufsheinkatholiken").
- der Anteil von Zentrumswählern in Bayern mit einem hohem Anteil von bekenntnistreuen Katholiken geringer ist als in Gebieten mit geringerem Anteil der bekenntnistreuen Katholiken, vor allem Preußen.

Zudem bleibt festzuhalten, daß das Zentrum von den ca. 31% katholischer Gesamtbevölkerung im Reich anteilmäßig weit mehr binden konnte als die "protestantischen" Parteien. In ihren Hochburgen konnte das Zentrum stets mehr als die Hälfte der Katholiken binden.

Die programmatischen Ziele des Zentrums kamen erst mit dem Ende des Kulturkampfes zu Beginn der 80er Jahre zum Tragen. Bis dahin war die Partei von einem Selbstbehauptungskampf absorbiert, welche dem Zentrum die Rolle des Reagierenden zuschrieb.

Weit mehr als andere Parteien operierte das Zentrum auf lokaler und regionaler Ebene. Die Strategien gegen den Kulturkampf fielen in Baden anders als in Preußen aus und bis zu den Friedensgesetzen ist eine reichseinheitliche Politik gegen die Kulturkampfgesetzgebung nicht auszumachen. Lokale Zentrumspolitiker ließen die Reichstagsfraktion und die Reichsleitung gewähren, in der im wesentlichen bürgerliche und aristokratische Honoratioren vertreten waren.

Die Forschung scheint sich über die herausragende Position eines Mannes einig zu sein: Ludwig Windthorst. Parteivorsitzender seit 1874 führte er die Partei sukzessive von ihrem konfessionalistischen Image zu einer säkularen, politischen Interessenvertretungspartei. Zeender beschreibt ihn als Mann mit einem "deeply conservative strain", der den Glauben anderer achtete.

Seine ökonomischen Anschauungen waren angelehnt an die Liberalen (free enterprise, Markt, Deregulation, keine Zölle, Industrie statt Landwirtschaft), während seine sozialen Ansichten das moralische Korrektiv dazu beinhalteten (Wohlfahrtsvereine, Arbeiterschutz, Schutz der Familie).

Festzuhalten bleibt: Das Zentrum war bis in die 80er Jahre eine weitgehend auf lokaler und regionaler Ebene operierende Honoratiorenpartei, obwohl es bis zur Jahrhundertwende die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. Seine Wählerschichten rekrutierten sich aus ländlichen Gebieten mit stark katholischem Bevölkerungsanteil.

4. Der ideologische Weg aus der Isolation und "Inferiorität"

Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob der Kulturkampf einen Sieger gehabt habe. Keine Seite hat der anderen jemals etwas zugestanden. Selbst die Diskretionären Milderungsgesetze (1880, 1882, 1883) und die Friedensgesetze (1886) reichen nicht aus zur These, daß der "Kulturkampf insgesamt als neben der Sozialistenverfolgung ärgste innenpolitische Fehler Bismarcks"¹³ war.

In diesen Gesetzen wurden alle Maigesetzmaßnahmen aufgehoben bis auf:

- die staatliche Schulaufsicht, die nun auch Pfarrern übertragen werden konnte
- Zivilehe
- Kanzelparagraph, der politische Meinungsäußerung auf der Kanzel als Propaganda verbot
- Jesuitenverbot.

Daneben enthielten die Milderungsgesetze keine allgemeine und verbindliche Zusage, sondern nur die Vereinbarung, die Maigesetze nicht so restriktiv anzuwenden wie zuvor. Die staatliche Kirchenhohheit blieb jedoch unumschränkt erhalten.

Wichtiger erscheint die Frage, was der Kulturkampf für die junge Demokratie bedeutete. Er enthüllte wie die Sozialistenverfolgung ein zutiefst undemokratisches Verfahren, politische Gegner zu isolieren und marginalisieren. "Die Katholiken waren in den Kampfesjahren geistig und gesellschaftlich vollends isoliert worden. Sie reagierten, wie es ins Getto gedrängte Gruppen zumeist tun, indem sie sich auf die eigenen Kräfte zurückzogen und sich der Erkenntnis verschlossen, daß etliche der liberalen Initiativen nur der fortschreitenden Säkularisierung entsprachen, gegen die defensive Negation auf Dauer wenig auszurichten vermochte."¹⁴

Inwiefern waren die Katholiken isoliert oder, anders ausgedrückt, worin bestand die Marginalität des deutschen Katholizismus?

Zunächst einmal bezieht sich die Kategorie der Marginalität auf das strukturelle Ausgeschlossenheit von Machtpositionen. Marginalisierung ist als Vorstufe zur Isolation zu sehen, bei der die Abgrenzung der Gesellschaft von der Randgruppe total geworden ist. Personen, die aufgrund bestimmter Überzeugungen und Anschauungen, von bestimmten Schlüsselpositionen (Regierungsämter, akademische Berufe, heute: Medien) ferngehalten werden, sind marginalisiert. Dabei muß beachtet werden, daß dies nicht nur Sache statistischer Belege, sondern vor allem auch die Perzeption(sweise) der marginalisierten Gruppe betrifft. Mit anderen Worten: wichtig ist nicht nur, ob die Katholiken als inferior behandelt wurden, sondern ob und warum sie dies so wahrnahmen.

Martin Baumeister hat dem Thema der "katholischen Inferiorität" eine materialreiche Abhandlung gewidmet. Dort sprechen die Fakten zunächst eine eindeutige Sprache: In fast allen Berufen mit höherem Einkommen (Offiziere, akademische Berufe wie Rechtsanwälte, Richter, u.v.a. Verwaltungsbeamte) waren Katholiken unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentanz steigt zudem mit der Höhe der Stellung. Das führte zunächst zu einer Unzahl von Beschwerden wegen der "unparitätischen" Besetzung der Beamenschaft. Die Eingaben von Katholiken bei Regierungspräsidenten und

¹³) Rudolf Lill: Der Kulturkampf, S.79

¹⁴) ebda, S.79

Ministern richteten sich gegen "Benachteiligungen" bei der Besetzung vakanter Stellen. Dies fand 1893 im westfälischen Wahlkampf seinen vorläufigen Höhepunkt. Dort wurden Beschwerden des Zentrums zurückgewiesen, wonach die Provinzialverwaltungen unparitätisch besetzt seien. In der Folge veröffentlichten katholische Presseorgane seitenlange Listen der westfälischen und preußischen Beamenschaft, die ihre Beschwerden belegen sollten.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich im traditionell katholischen Bayern. Zwar waren auch hier in der Beamenschaft fränkische Protestanten überrepräsentiert, dies gab jedoch keinen Anlaß zu einer Pressekampagne wie sie in Preußen und Westfalen geführt wurden. Nichtsdestotrotz gab es auch in Bayern den roten Faden vom inferioren Selbstbewußtsein der Katholiken. So schrieben die "Münchener Neueste Nachrichten" am 10. April 1893:

"Es verläuft kaum ein Landtag, in welchem nicht von Seite katholischer Redner Beschwerde geführt wird, daß bei der Besetzung der höheren Stellen des Staatsdienstes die Katholiken zurückgesetzt, die Protestanten bevorzugt werden"¹⁵

Gleichzeitig versuchte das Zentrum, dieser Marginalität zu entkommen. Begünstigt wurden die Versuche, das klerikale Image der Partei abzuschütteln, durch eine Versicherung der Kurie im Jahre 1887, die der Partei absolute Autonomie in politischen Fragen zugestand. In gleichem Lichte muß das Drängen Papst Leo XIII. gesehen werden, Bismarcks Septennatsvorlage aus dem Jahre 1887 anzunehmen. Damit sollte der Beweis der Verlässlichkeit und damit der Regierungsfähigkeit" des Zentrums erbracht werden (Belege: Loth).

4.1. Katholisches Bildungsdefizit

Während der Ausdruck der "katholischen Inferiorität" noch aus dem Vokabular protestantischer Kulturkämpfer kam, den der Katholizismus als Fanal seiner Diskriminierung umdeutete, nahm die Diskussion über das katholische Bildungsdefizit eine entscheidende Wendung. Hertling hatte diesen Terminus geprägt und wollte damit den Katholizismus von seiner Apologetik abbringen, hin zur Selbsteinsicht seiner Rückständigkeit. Zudem legten dies Erkenntnisse über die Unterrepräsentanz von Katholiken an Hochschulen und Gymnasien nahe. So studierten in Baden der Jahre 1889-93 von 10.000 Einwohnern :

- 13,34 Protestanten
- 9,52 Katholiken und
- 35,93 Juden.

Und dies, obwohl der Anteil katholischer Einwohner in Baden stets weit über 50% lag (1907 bei 58%)

Je weiter die Erlebnisse der Kulturkampfzeit zurücklagen, desto offener wurde der politische Katholizismus hinsichtlich kritischer Einsichten. Mit dem gestiegenen katholischen Selbstbewußtsein nach 1890 (Regierungspartei, Abstimmungserfolge im Parlament), drängte eine neue Generation von katholischen Führungspersonlichkeiten auf die Überwindung des "Aschenputtel-Komplexes". So plädierte Hertling für eine Reform des Katholizismus, dessen geschlossener Dogmatismus hilfreich in Zeiten offener Unterdrückung gewesen, nun, mit dem Ende des Kulturkampfes, zu einem "übertriebenen Konservatismus" geworden sei.:

¹⁵⁾ MNN, Nr. 167, 10. April 1893, S. 9, zit. n. M. Baumeister: Katholische Inferiorität, S. 33

"Es ist ein ganz natürliches Gesetz aller Minoritäten, daß sie sich fest zusammenschließen und von ihren Angehörigen verlangen, daß einer für alle und alle für einen eintreten. Wie könnten sie sonst Erfolge erzielen, ja sich nur in ihrer Eigenart gegen die Übermacht behaupten? Aber die Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge bringt es dann mit sich, daß man nicht nur gelegentlich ungerecht wird gegen solche, die aus irgendeinem Grunde nicht im Glied mitmarschieren und eine selbständige Stellung einzunehmen suchen, sondern auch in dem ängstlichen Bemühen, jedweder Schwächung der eigenen Position vorzubeugen, alles verteidigt, was nur immer mit derselben in Zusammenhange zu stehen scheint, auch wenn es die Verteidigung nicht lohnt oder derselben nicht fähig ist. Eine Minoritätsstellung wird sich jederzeit förderlicher erweisen für streitbare Apologetik als für objective Forschung."¹⁶

Hertling kämpft für die Entlarvung von ideologisch brüchigen Antagonismen zwischen Glauben und Wissenschaft, wissenschaftlichem Fortschritt und katholischer Tradition. Hertlings Kurs richtete sich gegen Ultramontane und assimilationistische Selbsthasser gleichermaßen. Gegen die einen wendet er sich mit dem Vorwurf, durch sie würden Katholiken sich selbst von den Bereichen ausschließen, in denen sie Parität einforderten. Das war neu und radikal zugleich. Zum ersten Mal trat ein Katholik von Ansehen öffentlich auf und kritisierte die eigene Bewegung mit Thesen, die noch 15 Jahre früher Protestanten ironisch und propagandistisch in der Formel von der Rückständigkeit des Katholizismus auszuschlachten wußten. Doch begriff er das katholische Defizit nicht als Faktum, sondern als eine falsche Perzeption der Katholiken von ihrer nicht-katholischen Umwelt. Der "übertriebene Conservatismus" würde die Möglichkeiten gegen, mit und in der/die "Übermacht" zu bestehen ungenützt lassen.

Gegen die Assimilationisten gerichtet vertrat er die Auffassung, daß der Katholizismus auf der einen und Wissenschaft und Kapitalismus auf der anderen Seite nicht unvereinbar wären. Diese moderne Entkoppelungsstrategie, bei der der Glaube dem Wissen und umgekehrt nichts vorschreiben dürfe, gebe dem Katholizismus neues Selbstbewußtsein. Die Selbstbehauptung der Katholiken dürfe nicht über ihre Selbstverleugnung gehen, Wissenschaft sei und dürfe nicht "voraussetzungslos" sein und demnach sei eine "katholische Wissenschaft" vorstellbar. 1901 war der "Fall Spahn" bekanntgeworden. Martin Spahn, ein habilitierender Historiker, wurde von seinem Lehrer nach einer "Gewissensprüfung" die Berliner Universität als "Hochburg des freien Protestantismus" für verschlossen erklärt, wobei Spahn es zunächst weder wagte zu widersprechen noch damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Dieser Weg der Totalassimilation und Selbstverleugnung galt Hertling als genauso unannehmbar. Hertling selbst wählte den Weg zwischen Assimilation und Selbsthaß. Als Münchner Professor für Philosophie vertrat er neukantianische Ideen. Metaphysik und Theologie wiesen für ihn einen wesentlichen Unterschied auf, den zwischen Offenbarung und Wissen. Gleichzeitig war er auch Vorsitzender der Görres-Gesellschaft und verleugnete nie seine katholische Überzeugung, was ihn in den Augen seiner (überwiegend protestantischen) Kollegen suspekt erscheinen ließ. Der Zwitterbegriff der "katholischen Wissenschaft" sollte neugewonnenes katholisches Selbstwertgefühl und die Öffnung des Katholizismus für die Moderne demonstrieren. Wenn seine Ansichten auch konservativer Natur waren und er als Philosophieprofessor vor dem Positivismus ("ausschließliche Beschäftigung mit den experimentellen Wissenschaften"¹⁷) warnte und er mit "katholischer Wissenschaft" eine von katholischer Morallehre geleitete Wissenschaft meinte, so sollte der Begriff einmal Schwellenängste unter den Katholiken abbauen und zum anderen die konfessionalistische Besetzung der Begriffe Wissenschaft, Fortschritt durch den Protestantismus verschieben.

¹⁶) M. Baumeister: Parität, S. 52/3

¹⁷) W. Becker: Hertling , S. 42

4.2. Konfessionalismus

Der universalistische Zug von Hertlings Ansichten liegt im Kampf gegen den Konfessionalismus selbst. Denn dieser war das eigentliche Problem. Die vom in den 1880er Jahren gegründeten *Evangelischen Bund* forcierten Thesen von der konfessionellen Wesensbestimmung eines Volkes verdeckten die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der "katholischen Inferiorität". Konfessionalismus bedeutete, daß man wirtschaftliche, kulturelle und soziale Phänomene monokausal auf bestimmte konfessionelle Glaubenssätze zurückführte. So konnte man von der genialen kulturellen und wirtschaftlichen Überlegenheit des Protestantismus oder dem Zölibat als letzten Ursachen der katholischen Inferiorität lesen.¹⁸ Dabei ging es zumeist um unter dem Mäntelchen wissenschaftlicher Neutralität kaschierte Wertsetzungen, welche die sozialen Abgründe zwischen Protestanten und Katholiken rechtfertigen und nicht erklären wollten.

Auch Webers Religionssoziologie ("Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist": 1901) ist aus diesem Geist des Konfessionalismus zu verstehen. Begriffe wie "protestantische Kultur und Ethik", "katholische Inferiorität" waren um die Jahrhundertwende schon zu Allgemeinplätzen geworden. Allerdings ist es problematisch, wie Baumeister es tut, Weber mit dem propagandistischen Konfessionalismus zu identifizieren, nur weil Webers Ansatz nicht originär und wenig empirisch fundiert war. Webers Arbeit hatte methodologische Absichten und versuchte auf idealtypische Art zu zeigen, wie sich religiös fundierte Moralvorstellungen auf das wirtschaftliche Verhalten auswirk(t)en. Es ist im Gegensatz zu Baumeisters gleichlautender These kein Hinweis zu finden, daß Weber von einer katholischen Inferiorität "ausgegangen" sei. Zudem vermeidet Weber ausdrücklich einen prinzipiellen Unterschied von Katholizismus und Protestantismus.¹⁹

Interessanterweise machte sich auch der Katholizismus konfessionalistische Argumentationen zu eigen, ohne selbstverständlich den Begriff der "katholischen Inferiorität" zu verwenden. Man betrachtete das Abgrenzungskriterium der Konfession als hinreichend identitätsstiftend und übersah dabei dessen ideologische und praktische Konsequenz einer Selbstmarginalisierung. Natürlich gab es auch bereits zu Kulturkampfzeiten Versuche, die Brandmarkung des Zentrums als "konfessionelle Partei" (Bismarck) zu bekämpfen²⁰. Jedoch ist eine Akzentverschiebung unübersehbar: ging es damals um den Schutz und die Eigenständigkeit der katholischen Kirche²¹ (seltener: der Kirchen überhaupt), so entsprang dies der Überzeugung, die Legitimationsgrundlage des Staates könne nur "die Gottheit Christi und die Göttlichkeit seiner Lehre und Stiftung"²² sein, redete man jetzt einer universalistischen Ansicht von Religion und einer säkularen Auffassung des Staates das Wort. So meinte Alfred Graf zu Hompesch, der zum konservativen Flügel der Partei gezählt werden kann, am 13. Juli 1893 zum Vorwurf des Reichskanzlers Caprivi, das Zentrum sei eine klerikale Partei:

¹⁸) Literaturangaben bei M. Baumeister: Parität, S. 80/1, Fußnoten 234-237

¹⁹) Vgl. M. Baumeister: Parität, S. 101-104. Zu Webers eigenen Anschauungen:

"Es kommt natürlich hier für uns nicht sowohl darauf, was die theologische ethische Theorie begrifflich entwickelte, sondern darauf, was im praktischen Leben der Gläubigen geltende Moral war, wie also die religiöse Orientierung der Berufsethik praktisch wirkte.", M. Weber: Soziologie, S. 551/2 (Anmerkung zum Begriff "geboten")

²⁰) Vgl. die Debatten zwischen Bismarck, Reichensperger und Windthorst im Reichstag und Preußischen Landtag. Nachzuverfolgen in: O. v. Bismarck. Politische Reden, Bd. 5, Sitzungsprotokolle des Jahres 1872/3

²¹) Vgl. die im Adreßstreit vertretenen Ansichten zur Pflicht des Dt. Reiches gegenüber der Kurie, in: K. Bachem: Vorgeschichte, Bd. III, S. 193-198; ebenso die frühen Programme des Zentrums: Soester, Essener, Bischof Kettelers Programm

²²) Aus einer Erklärung preußischer Bischöfe anlässlich der Verabschiedung der Maigesetze, in: K. Bachem: Vorgeschichte, Bd. III, S. 272

"Die Zentrumsfraktion ist niemals eine konfessionell-kirchliche Partei gewesen. Wenn ihr dies in früheren Jahren fälschlich insinuiert wurde, hat sie jedesmal dagegen Verwahrung eingelegt. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche, gleichwie der übrigen anerkannten Religionsgesellschaften, ist und bleibt stets eine ihrer vornehmsten Aufgaben, aber nicht die einzige. Die Erhaltung des föderativen Charakters des Reiches, der Schutz der bürgerlichen Freiheit desselben und die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen sind, wie die Statuten aufweisen, nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion von Anfang an gestellt hat. Wir beteiligen uns nicht in gouvernementalem, sondern in wahrhaft konservativen Sinne, nämlich im Geist der Achtung jedes Rechts und Standes, im Geist der Freiheit wie der Treue wie des Gehorsams gegen die Träger der Autorität und Kirche, im Geist des Aufbaus auf geschichtlich und rechtlich gegebenen Grundlagen, an allen auf die Besserung der öffentlichen Zustände gerichteten Bestrebungen."

Dieses Zitat zeigt zwei Strategien des Zentrums:

(1) der Universalismus, der Toleranz und Glaubensfreiheit als universell (oder wenigstens national) geltende Prinzipien auch für andere einfordert. Universalistisch sind sie auch im Sinne der von Rothman und Lichter, derzufolge mit der Einforderung universeller Rechte Randgruppen zweierlei bezwecken:

- einmal die Solidarität mit anderen Randgruppen, die ebenso von der Wahrnehmung dieser Rechte ausgeschlossen bleiben. So hat sich Windthorst bis zu seinem Tode gegen alle Strömungen innerhalb und außerhalb seiner Partei gewandt, die die Rechte von Randgruppen beschneiden sollten. Mehrfach wandte er sich gegen Bismarcks Sozialistengesetz, dem das Zentrum nur zur Hälfte zustimmte, trotz ihrer ausdrücklich anti-sozialistischen Gesinnung. Ebenso ging er gegen antisemitische Tendenzen vor.²³ Man empfand eine stille Solidarität mit anderen Randgruppen. Lieber faßte diese Solidarität der Minoritäten so zusammen:

"Wir als Minderheit im Reiches haben nicht vergessen, was uns geschah, und aus diesem Grund, selbst wenn hehere Überlegungen und fundamentalere Beweggründe uns nicht zurückhielten, können wir nicht dulden, daß Zwangsmittel heute gegen die Juden, morgen gegen die Polen und übermorgen gegen die Katholiken angewandt werden."²⁴

- zum anderen dient ein Beharren auf universellen Rechten nicht nur dem Zweck der Anerkennung der eigenen kulturellen und politischen Identität durch den Protestantismus, sondern auch der Anerkennung als gleichberechtigten Partner. Als Religionsgemeinschaft habe der Katholizismus dieselben Rechte auf freie Religionsausübung und Toleranz wie der Protestantismus, ja wie jeder Religionsgemeinschaft überhaupt.

(2) Mit dieser universalistischen Sicht von Religion geht auch die Säkularisierung des Staatsbegriffes einher. Das Zentrum verstand sich nicht mehr so sehr als Vertreterin einer katholischen Klientel, sondern als die aller Volksklassen. Man fühlte sich nun auch der Autorität des Staates verpflichtet, ohne von diesem zuvor seine christliche Gesinnung abzuverlangen.

Die Diskussion über das katholische Bildungsdefizit, die Säkularisierung der Staatsauffassung, die Kritik am Konfessionalismus, das Zulassen innerer Kritik, all dies belegt, daß der Katholizismus und die Zentrumsparlei nach dem Ende des Kulturkampfes im Umbruch war und sich wandelte in Richtung auf eine säkulare Massenparlei.

²³) Vgl. K. Bachem, Vorgeschichte, Bd. III

²⁴) Zitiert in: D. Blackburn: Catholics, S. 109 (Übersetzung von mir)

Entscheidend war, daß jetzt der Begriff der "katholischen Inferiorität" bzw. der katholischen Rückständigkeit nicht mehr unhinterfragt als konfessionelles Faktum akzeptiert wurde. Mit der Differenzierung des Katholizismus nach der Kulturkampffära erhoben sich neue Konfliktlagen für den Katholizismus: "Was in den 1890er Jahren, nachdem der Druck der äußeren Bedrohung gewichen war, allmählich aufzubrechen begann, waren neben einem stärkeren Hervorbrechen der sozialen Gegensätze "ideologische" Antagonismen im Katholizismus, die zum Teil auch als unbewältigtes Erbe früherer Zeiten jetzt ihre Austragung und Bewältigung anmeldeten"²⁵

Dieser Prozeß der ideologischen Auffächerung brachte auch eine Erweiterung der Strategien mit sich, mit denen man auf die "protestantische Kultur" reagierte.

Nach dem Kulturkampf (Phase der Kohäsion) und dem Weg aus der Isolation (Phase der Ausdifferenzierung) kamen die ersten Regierungsjahre. Diese leiteten eine Phase der Konsolidierung nach außen, jedoch eine Zeit der Verhärtung der inneren Fronten ein. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß das Zentrum noch um eine politischen Identität bemüht war, die zwischen den Polen von Anpassung, Universalismus und Dominanz pendelte. Denn gerade jetzt mit der Möglichkeit politischer Einflußnahme wurde die Frage einer identitätsstiftenden Programmatik virulent. Der politische Weg des Katholizismus soll im folgenden am Beispiel der Zentrumspariei beleuchtet werden.

5. Der politische Wandel im einzelnen

5.1. Konsolidierung

"With the end of the Kulturkampf and a return to normal relations between the Prussian state and the Catholic Church, divisive economic and social issues would become more prominent in Catholic politics, as indeed they had done to a considerable extent between 1879 and 1887", schreibt Zeender²⁶

Die Phase zwischen 1879 und 1887 war die der Konsolidierung der Partei. Ereignisse leisteten dem Vorschub:

Einmal fand 1878/9 Bismarck für die Wiederaufnahme der Schutzzollpolitik nicht die Mehrheit der Nationalliberalen. 1879 stimmt das Zentrum dem entsprechenden Gesetzentwurf zu.

Zum anderen rutschten die Nationalliberalen 1880 bei den Reichstagswahlen von 29,9% auf 19,9% ab, so daß das Kartell aus Konservativen und Nationalliberalen keine Mehrheit mehr hatte. Darüber hinaus gab die Franckensteinsche Klausel, die 1879 die Finanzreform auch für das Zentrum annehmbar machte, zu großem Optimismus Anlaß. Franckenstein war bayerischer Zentrumsabgeordneter im Reichstag und setzte sich mit seinem Kompromißvorschlag im Finanzausschuß durch und dies, obwohl dieser deutliche Umverteilungen zugunsten der Länder vorsah.

Diese Konsolidierung der Beziehungen mit der Reichsführung war aber nicht sehr dauerhaft und wurde beständig überschattet von scharfen Differenzen zwischen Windthorst und Bismarck über das Sozialistengesetz und später die Septennatsverhandlungen. Windthorst versuchte die Partei immer wieder - meist vergeblich - auf eine einheitliche Linie einzuschwören, offensichtlich getrieben von der Angst, ansonsten von der Gunst Bismarcks abhängig zu sein.

²⁵) M. Baumeister: Parität, S. 93

²⁶) J. Zeender, Center Party, S. 16

Darüber hinaus machten klerikale und aristokratisch-reaktionäre Kräfte gegen den Liberalismus Stimmung, dem sie die Schuld für die schwere Rezession in den 80er Jahren gaben. Weiterhin waren anti-preußisches Ressentiment, vor allem auf Seiten Windthorsts, immer noch prägend für das Zentrum.

5.2. Agrarier versus Liberale

Gegen Ende der 80er Jahre sah sich die Reichsleitung wie die Partei als Ganzes einem zunehmenden Druck von Seiten ihrer agrarischen Klientel ausgesetzt. Loth erklärt dies durch zwei Entwicklungen:

"Zum einen die wachsende Erbitterung der ländlichen Bevölkerungsgruppen über wirtschaftliche Belastungen und soziale Deklassierung, die das Zusammentreffen von fortschreitender Industrialisierung, kapitalistischer Konzentration und struktureller Agrarkrise mit sich brachte; zum anderen das Vordringen der Techniken und Inhalte bürgerlicher Politik in eben diese Bevölkerungsgruppen im Zuge der "zweiten Aufklärung", wie sie durch die wirtschaftlich-technischen Entwicklungen und die gleichzeitigen Bemühungen konkurrierender Eliten um die Mobilisierung und Integration ihrer Klientel bewirkt wurde."²⁷

Hier sind Punkte angesprochen, die in der Folge das Zentrum an den Rand einer Spaltung bringen sollten:

5.2.1. Die wirtschaftlichen Belastungen der Heeresvorlagen

Ein dauernder Streitpunkt zwischen Reich und Zentrum waren die Septennatsbeschlüsse, welche die Militärausgaben des Reiches auf sieben Jahre festlegten. Die Aufstockungen der Truppenkontingente zur Verfolgung einer imperialen Politik, die als persönliches politisches Anliegen des Kaisers betrachtet wurden, bedeuteten erhebliche steuerliche Mehrbelastungen, die nicht progressiv angerechnet wurden. Das traf die ärmeren ländlichen Schichten, die Arbeiterschaft und Handwerker ganz besonders. Gerade in den agrarisch ausgerichteten südlichen Staaten war der Widerstand eminent. Das Zentrum stand zwischen agrarischer Basis, profilierungssüchtig-konservativen Aristokraten, dem bürgerlichen Reichsvorstand, der wiederum in liberale und konservative Kräfte gespalten war und der aggressiven Politik Bismarcks und später Caprivis.

Bismarck hatte stets versucht seine These von der Reichsfeindlichkeit des Zentrums mit dessen Verweigerungshaltung gegenüber den Septennatsvorlagen in Verbindung zu bringen.²⁸ So hatte Papst Leo XIII 1887 nach Verhandlungen mit Bismarck das Zentrum aufgefordert, der Septennatsvorlage im Hinblick auf eine Normalisierung zwischen Reich und Zentrum zuzustimmen.

Gleiches ereignete sich 1893.

Der Führungszirkel des Zentrums (Lieber, Bachem, Gröber und bis 1891 Windthorst) mußte strategisch geschickt vorgehen, um einen "Staatsstreich von oben", die Auflösung des Parlaments, zu verhindern, mit der Bismarck und später Caprivi im Falle einer Ablehnung der

²⁷) W. Loth, Katholiken, S. 41/2

²⁸) Bismarcks Reden anlässlich der Septennatsvorlage 1886/7 zogen alle Register. Von rhetorischen Zuspitzungen war zu hören wie, ob "das deutsche Heer ein kaiserliches oder Parlamentsheer" sei oder - im Hinblick auf polnische Katholiken - daß eine "polnische Mehrheit gegen deutsche Interessen" sei.

Heeresvorlage gedroht hatten (und die dann auch eintraten). Windthorsts Formel "Jeder Mann und jeder Groschen" sollte grundsätzliches Einverständnis signalisieren, ohne jedoch zu vergessen, auf eine Änderung des Bewilligungszeitraumes auf drei statt sieben Jahre zu pochen (Triennat).

Die aristokratischen Abgeordneten (Schorlemer, Huene, Ballestrem) sahen in den Heeresvorlagen eine willkommene Gelegenheit, der Marginalität zu entkommen und sich und das Zentrum als reichstreu zu profilieren. Gleichzeitig hoffte man, sich so der unliebsamen bürgerlichen Kräfte (an erster Stelle Windthorst und später Lieber) entledigen zu können. Der Konflikt zwischen Reichsleitung und Provinz- und Lokalfürsten der Partei spitzte sich bei den Beratungen zur Heeresvorlage im Jahre 1890 noch zu, um 1892 endgültig zu explodieren. Wähler traten an ihre Abgeordneten heran und drohten ihnen mit einem Mandatsentzug, falls diese die neuerliche Heeresvorlage (die ca. 20.000 Mann mehr forderte!) nicht ablehnten. Die bayerischen Zentrumsabgeordneten drohten mit einer Abspaltung. Es kam zur Gründung lokaler Bauernverbände, die ihre Distanz vom Zentrum offen bekundeten.

Wie zugespitzt und brisant die Lage für das Zentrum war mag die Pressewiedergabe einer Aussage Liebers aus dem Jahr 1892 belegen, die er Reichskanzler Caprivi gegenüber tat:

"Das Centrum könne wohl im Nothfalle die Fühlung nach oben [Reich und Regierung] entbehren, aber niemals nach unten, wie der Culturkampf gezeigt habe(...) Das Centrum würde daher seine Existenz aufs Spiel setzten, wenn es unter diesen Verhältnissen, welche lediglich in dem Verhalten der Regierung ihre Ursache hätten, wagen würde, sich mit den Ansichten und Empfindungen der Wähler in Widerspruch zu setzen, und den Gewinn seines Zerfalls würden nicht die der Regierung nahestehenden Parteien haben"²⁹

5.2.2. Agrarkrise

Die "Fühlung nach unten" war dem Zentrum bereits in den 80er Jahren teilweise verlorengegangen. Loth spricht von Volkstribunen und populistischen Kräften, die sich zu einer Bewegung ausgewachsen haben.

Kleinbauern mit ihren Familienbetrieben gerieten zunehmend ins Hintertreffen gegenüber den Großbauern, die sich Rationalisierungsmaßnahmen leisten konnten. Meist mußten sie überbewertete Kredite aufnehmen, die sie nicht zurückzahlen konnten. Viele Bauern wurden arbeitslos und zogen in die Städte. Die Entfremdung zwischen aristokratischen Honoratioren, der lokalen Führungsschicht des Zentrums, und den deprivierten Bauern wuchs spürbar. Und dies obwohl jene versuchten, radikale populistische Tendenzen durch Gründung von christlichen Bauernverbänden aufzufangen, in denen sie den Vorsitz einnahmen. So glaubten sie, die radikal-demokratischen, anti-hierarchischen Strömungen für ihre konservativen Ziele kanalisieren zu können.

Diese Ziele fanden Ausdruck in Forderungen nach einem rigiden Protektionismus, der Wiedereinführung von Zwangsgilden, nun selbstverständlich Handwerkskammern genannt, und der "moralischen Hebung des Volkes" durch die Kirche. Zentren dieses korporatistisch-agrarischen Flügels des Zentrums waren Schlesien (unter Huene), das Rheinland (unter Loê und Bachem) und Westfalen (unter Schorlemer). Mächtigstes Presseorgan der korporatistischen Agrarier war die *Kölnische Volkszeitung*.

Programmatisch schlugen sich diese Vorstellungen 1893 im "Katholisch-socialen Programm"³⁰ nieder, welches auf Betreiben von Loê zustande kam. Dort wurden u.a. nach dem Muster feudaler Gilden "Berufsgenossenschaften" mit Beitrittszwang für jeden Berufstätigen gefordert. Ebenso wollte man Handel und die Großindustrie gesetzlich

²⁹⁾ zit. n. W. Loth, *Katholiken*, S.49/50

³⁰⁾ Ein Memorandum dazu bei Bachem: *Zentrumsparlei*, Bd. V

"begrenzen". Der bürgerliche Flügel unter Lieber und Hertling, Nachfolger Windthorst's, war wenig geneigt, auf solche Forderungen einzugehen, die nur das Vorurteil vom rückständigen Katholizismus verstärken konnten, zumal Loë nicht davor zurückschreckte, die Anerkennung des Programms durch den Papst zu erwirken. Damit wollte er offensichtlich die Kritiker in den eigenen Reihen kaltstellen.

Schorlemer ließ es sogar auf einen Bruch mit dem Zentrum ankommen, als er 1893 der Reichsleitung der Partei mit der Aufstellung dreier unabhängiger Kandidaten drohte, die gegen die ihm zu wenig agrarisch gesinnten Listenkandidaten antreten sollten.

Doch dies waren korporatistische Rückzugsgefechte mit dem Ziel das zu retten, was bereits verloren war. Loth meint, auch die populistischen Kräfte witterten in den Bestrebungen der Loë-Gruppe und Schorlemers Versuche der "Obrigkeit", ihre wirtschaftliche Stellung auf Kosten der Mitspracherechte des niederen Mittelstandes zu sichern. Dies hätten zwei Dinge gezeigt:

Einmal die Liebäugeleien der Aristokraten mit dem preußischen Gesetzentwurf zur Errichtung von Landwirtschaftskammern, dessen Wahlrecht einen Zensus (Höhe der Grundsteuer) beinhalten sollte. Zum anderen die Favorisierung des "Antrag Kanitz", der den Getreidehandel staatlich (eigentlicher Antrag) oder berufsgenossenschaftlich (Loë) monopolisieren sollte.

Die anti-obrigkeitsstaatliche Stimmung der Bauern und Handwerker war aber keineswegs auf den großgrundbesitzenden Landadel beschränkt, sie erfaßte auch den Klerus. Diese anti-klerikale Stimmung war getragen von der Auffassung, daß Kirche und Papst sich um die Notlage der "Niederer Volksklassen" nicht hinreichend gekümmert hätten. Sie hätten gemeinsame Sache mit dem liberalen und daher anti-agrarischen Staat gemacht.

Die Lage spitzte sich durch mehrere volkswirtschaftlich entscheidende Ereignisse zu:

- 1891/2 waren durch gute Ernten die Getreidepreise erheblich gefallen
- 1891 kam es zu den Handelsverträgen mit Italien und Österreich-Ungarn, die den Zollsatz von 5 M auf 3,5 M/Doppelzentner Weizen und Roggen senkte.
- in den folgenden Jahren wurden die Handelsverträge mit Rumänien, Serbien, Spanien und Rußland ratifiziert, die die Schutzzölle noch einmal drückten und auf weitere Produkte (Wein, Gerste u.a.) erweiterten.

So sanken z.B. die Weizenpreise in Köln von 1891 bis 1896 von 22,1 M auf 16,2 M, also um mehr als 25 % innerhalb von fünf Jahren!³¹

Es kam zu Gründungen von Interessengruppen der "kleinen Leute" wie dem Trierischen Bauernverein unter Kaplan Dasbach und den bayerischen Bauernbünden unter Georg Heim, die 1897 unter dem Dachverband des Bayerischen Bauernbundes vereint wurden. Diese waren von den Großgrundbesitzern unabhängige Interessenvertretungen.

Zwar hat sich in der Literatur der Begriff des Populismus bzw. der Populisten für diese Bewegungen durchgesetzt, jedoch darf dabei nicht übersehen werden, daß diese keinerlei (reichs)einheitliche Strategien verfolgten. Das mag in der Natur populistischer Strömungen liegen, in denen sich Unzufriedenheit mit dem ökonomischen Status quo in diffusen politischen Zielvorstellungen Luft verschafft.

So waren die Bauernbünde zunächst typische Protestbewegungen: sie lehnten Bodenspekulation, Geldverleih, freie Marktwirtschaft, Industriekapitalismus und Freihandel ab und besetzten Begriffe "Volk" und Schutz von Bauern und Mittelstand positiv.

Erst in den 90er Jahren, mit der Verschärfung der Agrarkrise und dem Heranwachsen politisch erfahrener "running mates", konkretisierten sich die Zielvorstellungen: nun forderte

³¹) Quelle: J. Zeender: Center Party, S. 39

man Landwirtschafts- und Handwerkskammern, die egalitärer als früher besetzt werden also in denen auch Kleingrundbesitzer repräsentiert sein sollten, eine Erhöhung der Getreidezölle, Importbeschränkungen, eine Doppelwährung zum Zwecke des Schuldenabbaus. Darüber hinaus versuchte der mittelständische Flügel unter dem Banner des Anti-Monopolismus die Ausbreitung von Warenhäusern durch Besteuerungsvorschläge zu verhindern, wie man generell Spekulation, hauptsächlich Boden- und Geldspekulation unterbinden wollte, ohne überhaupt genaue Vorstellungen von Handels- und Bankwesen zu besitzen.

5.3. Zentrum- eine bürgerliche Partei

Der oben geschilderte Ansturm der Agrarier führte zu heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen bürgerlich Liberalen und konservativen Kräften. Der Umstand solcher Flügelkämpfe allein wies auf einen Umbruchprozeß hin. Am Ende dieser Kämpfe standen zwei Ergebnisse: Entklerikalisierung und Entaristokratisierung. Verkörpert wurden diese durch einen neuen Typus von Zentrumspolitiker nach 1890, dem Tod Windthorst's. Lieber, Bachem, Peter Spahn, Gröber, Trimborn und Hertling, welcher letzterer zwar aristokratischer Abstammung war, hatten bürgerliche Berufe. Als Rechtsanwälte, Professoren, Zeitungsverleger, Fabrikanten, Verwaltungsbeamte und Kaufleute teilten sie nicht mehr die anti-industrialistischen, anti-liberalen und korporatistischen Vorstellungen ihrer Vorgängergeneration. Eine Folge war eine Diversifizierung der Partei. Lieber betonte stets sein Mißfallen an Windthorst's quasidiktatorischer, einheitsmanischer Leitung der Partei, die keine abweichenden Meinungen zuließ. Die neuen Zentrumspolitiker hatten universitäre Abschlüsse vorzuweisen und forderten ihre Mündigkeit ein.

Damit ist natürlich noch nicht geklärt, ob sich damit die Partei als ganze "entaristokratisiert" hatte. Daß dies der Fall ist, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung der Reichstagsmandate. 1889 waren von 98 Zentrumsmandaten 41 von Abgeordneten mit aristokratischer Herkunft besetzt, ein Jahr später nur mehr 30 (bei 106 Zentrumsmandaten) und 1893 sank diese Zahl noch einmal.³²

Nach den Auseinandersetzungen um die Septennatsvorlage und die Handelsverträge (siehe oben) hatten die korporatistisch-aristokratischen Kräfte mit dem Vertrauensverlust der unteren Klassen zu kämpfen.

Zeender gibt noch einen weiteren Grund an: viele Aristokraten hätten sich freiwillig zurückgezogen, da ihnen die parlamentarische Arbeit als zu langweilig (boring) erschienen sei.³³ Das mag daran liegen, daß das Zentrum nach 1890 aus seiner Fundamentaloppositionsrolle herausgetreten war und der job des Abgeordneten nicht mehr allein in repräsentativen und rhetorischen Aufgaben, sondern in der Detailarbeit der Ausschüsse bestand.

Gleichermaßen war in den 90er Jahren eine Entklerikalisierung der Partei zu beobachten, die weniger personell als politisch durchschlug. Ballestrem hatte im Zuge der Beratungen zur Heeresvorlage 1893 ohne ausdrücklichen Wunsch der Reichstagsfraktion den Papst konsultiert und wollte so die Fraktion zu einer Annahme des Huenschens Kompromißvorschlages drängen. Nach seiner Rede vor der Fraktion schwenkte diese nahezu geschlossen hinter Lieber, der die Heeresvorlage rundweg ablehnte, nachdem dieser seine Parteigenossen ermahnt hatte, nun ja nicht den Eindruck entstehen zu lassen, man hätte sich von der Entscheidung des Papstes abhängig gemacht. Die Angst vor der Diffamierung als

³²) Quelle: J. Zeender, Center Party, S. 21

³³) Ebda, S. 21

papistische Partei war offensichtlich größer als die Aufrufe der Huenes und Ballestrens, die im Falle einer Ablehnung des Kompromisses vor einer neuerlichen Isolierung des Zentrums als reichsfeindliche Partei warnten.

Ähnliche Reaktionen gab es auch schon bei den Septennatsberatungen 1880 und 1887, als der Papst das Zentrum zur Annahme der Septennatsvorlage bewegen wollte (siehe oben). Jedesmal verwehrte man sich ganz energisch gegen die Versuche deutscher Bischöfe und des Papstes, auf den innerfraktionellen Meinungsbildungsprozeß Einfluß zu nehmen. Als persönlichen Affront empfand Windthorst die Geheimverhandlungen zwischen Bismarck und der Kurie, die dann zu den beiden Friedensgesetzen von 1886/7 führen sollten.³⁴

Die Partei gab durch das Aufkommen der Agrarier ihr geschlossenes Bild auf. Sie war tief gespalten zwischen korporatistischen Aristokraten, die die Krise durch eine Rückkehr zu vormodernen Wirtschaftsmodellen (Physiokratie mit Zwangsgilden, Agrarstaat), Populisten, die mehr Partizipationsmöglichkeiten der katholischen Klientel einforderten und Liberalen, die den Katholizismus sukzessive aus traditionellen, konfessionell verhafteten Vorstellungen herausführen wollten.

Dadurch wurde die Partei nicht nur offener für neues Ideengut und innere Kritik, sondern es verringerte auch die Angriffsfläche für ihre Gegner, die sich nun schwerer taten, mit der Ineinssetzung von Katholizismus und Rückständigkeit zu operieren.

5.4. Verhältnis zu anderen Randgruppen am Beispiel der Juden

Während die vorigen Kapitel die "innere Demokratisierung" (Buchheim) des Zentrums beleuchteten, soll jetzt noch auf die Frage eingegangen werden, ob sich mit dem Ende des Kulturkampfes auch das Verhältnis zu anderen Randgruppen des Reiches, wie den Juden und Sozialdemokraten, gewandelt hat. Aus Platzgründen sei hier nur auf das Verhältnis zu den Juden eingegangen.

Im Verlauf der 80er Jahre war die Mittelstandspolitik, die sich der Gefährdung der Lebensgrundlagen des Mittelstandes durch Kapitalkonzentration, Massenproduktion und Bedürfnisveränderung annahm, in den programmatischen Mittelpunkt gerückt. Mittelstandsinteressengruppen, die später in den *Mittelstandsbund* mündeten, drängten wie in der Agrarfrage die Bauernbünde auf eine Regulierung und Kontrolle des Marktes. Einzelhändler, Handwerksbetriebe forderten eine Reform der Reichsgewerbeordnung (RGO), Antitrustgesetze gegen Großhandelsketten und Warenhäuser und Zinsgesetze. 1892 forderten Lieber und Bachem eine Gesetzgebung gegen "jüdische Geschäftsexzesse"³⁵, nachdem die Stimmung unter den katholischen Kleinwarenhändlern aggressiver wurde. 1895 brachten Gröber und Hitze einen Gesetzesvorschlag ein, der sich für die Begrenzung von Warenmengen aussprach, die in lokale Märkte eingeführt werden durfte. Dies hätte zu einer faktischen Abschottung lokaler Märkte geführt.³⁶ Im folgenden Jahr versuchte es Julius Bachem mit einem "Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb"³⁷. Es sah u.a. rigorose Geldstrafen bei bewußter Falschwerbung vor. 1897 wurde ein Gesetz zu den Berufsverbänden im Rahmen einer Reform der RGO durchgesetzt, in denen de facto Zwangsberufsgenossenschaften

³⁴) Vgl. K. Bachem: Zentrumspariei, Bd. IV, S. 234

³⁵) Vgl. J. Zeender, Center Party, S. 46. Blackburn identifiziert Lieber und Bachem mit diesen Ansichten, einer Interpretation, die angesichts vieler, anderer Äußerungen der Zentrumsführer nicht haltbar ist. Vgl. Zeenders Bemerkungen dazu.

³⁶) Vgl. ebda, S. 46

³⁷) Vgl. ebda, S.47, abgedruckt im: Reichsgesetzblatt, 1896, S. 145

eingeführt wurden. Jeder Bezirk konnte zwar durch Mehrheitsvotum über die Mitgliedschaft in den Berufsgenossenschaften abstimmen, jedoch war im Falle eines positiven Votums die Mitgliedschaft für jeden Handwerker, Händler und Kaufmann verpflichtend.

Gerichtet waren diese Maßnahmen gegen Banker, Großhändler und fahrende Kaufleute, traditionelle Berufe der Juden. Und so ist die zugrundeliegende antisemitische Stimmung nicht verwunderlich. Blackbourn hat in mehreren Arbeiten Material für diese antisemitischen Tendenzen zusammengetragen. Dabei macht er drei Hauptquellen aus:

1. Die katholischen Bauernverbände:

Der Triersche Verband führte zwischen 1884 und 1918 13.500 Prozesse gegen "Wucherer". Dabei wurde das Bild des "Wucherjuden" mehr als einmal für das Ziel des Schutz der Kleinbauern eingesetzt.

2. Der 1890 gegründete *Volksverein für das katholische Deutschland*:

Der Volksverein war geplant als Massenorganisation, der dem Zentrum die Wählerbasis sichern helfen sollte. Jenseits klerikaler Einflüsse sollte es der Stimme des katholischen Volkes Ausdruck verleihen.

Dort bekam der Antisemitismus eine ideologische Wendung. Auf einer Sitzung 1897 verlaublich ein Redner:

"The Democrats want everyone who attends school to be brought to the stage that they can later secure themselves against any need, and no longer fall into the hands of the Jew. Against this it must be said that already highly-educated peasants have fallen victim to the usurious Jews"³⁸

3. Die Lokalpresse:

Dort waren alle Vorurteile des Antisemitismus zu finden, vom Wucherjuden bis zur jüdischen Unterwanderung.³⁹ Die *Germania*, ein bewährtes Kampfblatt, wurde herausgegeben von Majunke und Cremer, die in der Kulturkampfzeit in einer Reihe von Artikeln behauptet hatten, hinter den liberalen Kulturkampfpositionen steckte nichts als eine jüdische Verschwörung.

Blackbourns Arbeiten legen den Schluß nahe, das Zentrum habe sich im Verlauf der 90er Jahre zu einer Partei mit eindeutig antisemitischen Profil gewandelt, "which helped to make the Nazis appear more respectable".⁴⁰

Dieses Bild ist jedoch ein wenig zu differenzieren, denn es unterschlägt zwei Umstände: Einmal die eindeutigen Einstellungen der Reichsleitung des Zentrums, an erster Stelle Windthorst und Liebers, die sich gegen jede Art von Antisemitismus energisch verwahrten. Den aufkommenden Antisemitismus sieht auch Blackbourn als Teil der populistischen Bewegung, doch dieser war keinesfalls parteiumgreifend wirksam. Es verschiebt das Bild der Zentrumspariei allzusehr, wenn die antisemitischen Strömungen entkoppelt werden vom Machtkampf zwischen Agrariern und Liberalen, Populisten und Bürgerlichen. Wenn Blackbourn von der Mobilisierung antisemitischer Ressentiments durch die Zentrumspariei spricht, so ist das nur die eine Seite der Medaille. Genaugut könnte man vom Druck eines zunehmend antisemitischen gesinnten populistischen Flügels sprechen, auf die die Parteispitze zu reagieren gezwungen war.

³⁸) D. Blackbourn, *Roman Catholics*, S. 117/8. Der Ausdruck "usurious Jews" lautete im Original "Wucherjuden". Leider liegt mir die Äußerung nur in englischer Sprache vor.

³⁹) Vgl. D. Blackbourn, ebda, S. 118

⁴⁰) Ebda, S. 124

Zum anderen darf der Unterschied zwischen einem rassenideologisch begründeten Antisemitismus nazistischer Provinienz und dem latenten traditionellen Antisemitismus des Katholizismus nicht kassiert werden, auch wenn der letztere dem ersteren Vorschub geleistet hat und einen ideologischen Nährboden bereitet.

Der Antisemitismus des populistischen Flügels des Zentrums basierte weitgehend auf zwei Grundhaltungen und -emotionen:

-der Verbitterung zu den Modernisierungsverlierern zu gehören, dem Neid gegenüber den emanzipierten Juden, die sich mit der Mehrheitskultur weitgehend arrangiert, wenn sie sich nicht daran sogar assimiliert hatten. Die Juden gehörten nach ihrer Emanzipation zu den wohlhabenderen sozialen Schichten, während die katholische Bevölkerung der Kleinstädte und Dörfer zunehmend sozial deklassiert wurde.

- und zum anderen war die Stigmatisierung der Juden der hilflose, wenn auch nicht zu unterschätzende Versuch, nicht nur die ökonomischen Wandlungsprozesse der Moderne (Massenproduktion, Vergrößerung der Märkte, Kapitalakkumulation), sondern auch die damit verbundenen ideologischen shifts zu personalisieren. Im Gesamtfeindbild des "Wucherjuden" sprach man kollektiv alle Feindbilder des reaktionären und rückständigen Katholizismus an: Liberalismus, Laissez-faire, Sozialismus, Atheismus.

"It is not surprising that anti-Semitism, latent in times of economic stability, would be virulent in some Catholic districts during bad times"⁴¹, schreibt Zeender zurecht. Damit war der katholische Antisemitismus in erster Linie ein ökonomisch getriebenes Phänomen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß mit dem im Verlauf der strukturellen Wirtschaftskrisen aufbrechende Antisemitismus innerhalb des Zentrums in der Mittelstandsbewegung und den Christlichen Bauernverbänden Anklang fand. Während des Kulturkampfes reichten Appelle an die Idee der "Solidarität der Minderheiten" aus, um antisemitische Tendenzen unter Verschuß zu halten. Mit dem Ausgang des Zentrums wie des politischen Katholizismus allgemein aus seiner politischen Isolation, gelang aber noch nicht die Befreiung aus seiner ökonomischen Verhaftetheit.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Der politische Katholizismus und das Zentrums als dessen politische Speerspitze durchlief seit dem Kulturkampf drei Phasen:

Die Kampfphase: hier ging es um das "nackte Überleben" der katholischen Kultur. Politisch und ökonomisch marginalisiert, bestand man auf der konfessionellen Identität der Randgruppe. Der Staat sollte sich auf christliche Werthaltungen verpflichten, welche dieser jedoch als partikular katholisch ansah. Diese Dominanzstrategie bestimmte lange Zeit die Kulturkampfpropaganda.

Die Phase des Weges aus der Isolation während der 80er Jahre, die mit den Friedensgesetzen ihren Ausdruck fand (Phase der Ausdifferenzierung): mit der Verfolgung konservativer Positionen (Schutzzoll) wurden teil- und zeitweise Partizipation an der Regierungsmacht möglich. Das damit verbundene, gestiegene politische Selbstbewußtsein fand seinen Ausdruck in Abgrenzungen von der Kurie. Die Geschlossenheit der katholischen Bewegung brach auf und differenzierte sich in ideologische Flügel konservativ-korporatistischer,

⁴¹) J. Zeender, Center Party, S. 15

populistischer und liberaler Politik. Gleichzeitig vergrößerte sich die Differenz zwischen Parteibasis und lokalen Parteigremien auf der einen und der Berliner Parteiführung auf der anderen Seite.

Die Phase der Konsolidierung bezeichnete den Abschluß dieser zuvor genannten Phase: Die Partei wie der politische Katholizismus war entklerikalisiert wie entaristokratisiert. Ausdruck dieser entkonfessionalisierten Politik war das Vorherrschen sozialer und ökonomischer Themen. Die Partei rang um die Gunst "aller Volksklassen", nicht mehr der Katholiken allein. Die einzelnen Flügel gewannen an Profil und so konnte das Zentrum auch zunehmend nicht-katholische Wähler gewinnen.

Das Verhältnis zu anderen Randgruppen, vor allem aber der Juden, zunächst bestimmt von leiser Solidarität oder Stillhalten, nahm Formen offener Aversion an.

Wenn der Katholizismus um die Jahrhundertwende auch politisch sich aus seiner Marginalisierung gelöst hatte, so war er oft genug noch einem Dogmatismus und Traditionalismus verhaftet. 1906 verfaßte Karl Bachem seine berühmte Schrift "Wir müssen den Turm verlassen", in der er die Katholiken aufforderte, veraltete, vormoderne Vorstellungen von Wirtschaft und Staat über Bord zu werfen. Nichtsdestotrotz hatte der Katholizismus sich säkularisiert.

Anhang: Literatur

1. Einführungen

Schieder, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Göttingen 1992, Kleine Vandenhoeck Reihe 1563.

Hertz-Eichenrode, Dieter: Deutsche Geschichte 1871-1890; das Kaiserreich in der Ära Bismarck, Stuttgart 1992.

Schnabel, Franz: Dt. Geschichte im 19. Jh., Bd. IV: Die religiösen Kräfte, München 1989.

2. Marginalitätsthese

Rothman, Stanley/*Lichter*, Robert S.: Roots of Radicalism. Jews, Christians and the New Left, N.Y Oxford UP, 1982.

3. Katholizismus im 2. Kaiserreich:

3.1 Katholizismus/Marginalität allgemein:

Baumeister, Martin: Parität und katholische Inferiorität: Untersuchung zur Stellung des deutschen Katholizismus im deutschen Kaiserreich, Paderborn 1987 (=Politik- und kommunikationswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft 3).

Fischer, Fritz: Bündnis der Eliten.Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland1871-1945, Düsseldorf 1979.

Gabriel, Karl/Kaufmann, Franz-Xaver: Zur Soziologie des Katholizismus, Mainz 1980.

3.2 Zentrumspariei und politischer Katholizismus

Alexander, Edgar. Church and Society in Germany. Social and political Movements and Ideas in: Germann and Austrian Catholicism (1789-1950), in: J.N. Moody: Church and Society. Catholic Social and Political Thought and Movements 1789-1950, N.Y. 1953, 325-583.

Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deitschen Zentrumspariei. Zugleich eine Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815-1914, Bde. III, IV, V, Köln 1928.

Blackbourn, David: Roman Catholics, the Center Party and Antisemitism in Imperial Germany, in: P. Kennedy/A. Nicholls (ed.): Nationalist and racialist movements in Britain and Germany before 1914, London 1981, 106-129.

Blackbourn, David: Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914, Wiebaden 1980

Becker, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von der Reichsgründung. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876.

Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1972.

Evans, Ellen Lovell: The German Center Party 1870-1933. A Study in Political Catholicism, Carbindale 1981.

Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich: der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 75).

Rauscher, Anton: Der soziale und politische Katholizismus 1803-1963, Bd.2, München 1982.

Wehler, Hans-Ulrich: Krisenherde des Kaiserreiches 1871-1918, Göttingen, 2. Aufl. 1979.

Zeender, John: The German Center Party 1890-1906, Transactions of the American Philosophical Society, New Series, Vol. 66, Part 1, Philadelphia 1976.

3.3. Kulturkampf

Lill, Rudolf: Der Kulturkampf in Preußen und im Deutschen Reich, in: H. Jedin (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. 6.2, Freiburg 1978, 28-48.

Lill, Rudolf: Die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen und im deutschen Reich, in : H. Jedin (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd.6.2, Freiburg 1978, 59-78.

Pflanze, Otto: Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, München 1983.
darin:

Blackbourn, David: Die Zentrumspariei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach, S.73-94.

Becker, Winfried: Liberale Kulturkampf-Positionen und politischer Katholizismus, S.47-71

4. Quellen/Quellensammlungen

Becker, Winfried (Hg.): Georg von Hertling 1843-1919, Paderborn u.a. 1993.

Bismarck, Otto Freiherr von: Politische Reden 1870-1872, Bd. 5, hg. v. H. Kohl [1893], R. Morsey, Aalen 1970.

Kißling, Johannes B.: Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche. Bd. II, Die Kulturkampfgesetzgebung 1871-1874, Freiburg 1913.

Lange, Josef: Die Stellung der überregionalen Tagespresse zum Kulturkampf in Preußen, Frankfurt 1974, Europäische Hochschulschriften 34.

Morsey, Rudolf: Die Protokolle der Reichstagsfraktion der deutschen Zentrumspariei

Ders. (Hg.): Katholizismus, Verfassungsstaat und Demokratie, Paderborn u.a. 1988.

Schauff, Johannes: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: Untersuchungen aus dem Jahr 1928, Mainz 1975 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte A ,18).

Stöver, Ralf: Protestantische Kultur zwischen Kaiserreich und Stalingrad: Portrait der Zeitschrift "Eckhart" 1906-1943, München 1982 (=Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte 5).

5. Außerdem

Hegel , Georg W. F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Werke Bd. 7, Frankfurt a.M. 1986.

Weber, Max: Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist, in: Max Weber: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, hg. v. J. Winckelmann, Stuttgart 1973, S. 357-381.